

Hefte aus Burgscheidungen

Gerhard Fischer

Wir haben die Geschichte der DDR mitgeschrieben



176

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

Hefte aus Burgscheidungen

Gerhard Fischer

**Wir haben die Geschichte
der DDR mitgeschrieben**



1970

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

Inhalt

Einleitung	3
Gesellschaftliche Umorientierung als Hauptaufgabe .	4
Entscheidungen im Kampf durchgesetzt und bewährt	12
Arbeit im Dienst am gesellschaftlichen Ganzen . .	17
Gegen den Mißbrauch des Christentums	25
Zukunftsorientiertes Denken und Handeln	32

Die Frage nach dem Charakter und dem gesellschaftlichen Auftrag der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands wird in der EntschlieÙung des 12. Parteitages der CDU 1968 (Teil A) klar beantwortet. Dort wird über das Wesen und die Grundlagen unserer Partei ausgeführt:

„Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands (CDU) ist eine politische Partei unseres sozialistischen Staates, in der sich christliche Bürger demokratischer Gesinnung zusammenschließen, um aus christlicher Verantwortung für das Wohl des Menschen und seiner Gemeinschaft zu wirken und daher an der Errichtung des Sozialismus in unserer Republik, an der Gestaltung einer dauerhaften Friedensordnung in Europa und an der Lösung der nationalen Frage unseres Volkes im Zeichen der Demokratie und des Sozialismus mitzuarbeiten. Die CDU ist eine dem Sozialismus verpflichtete Partei, die unseren sozialistischen Staat, die DDR, mitträgt, seine Politik mit konzipiert, mit verantwortet und mit verwirklicht.“¹

Diese Feststellungen sind nicht allein als Beschreibung des gegenwärtigen Standorts unserer Partei und als Bestimmung der Zielfunktion ihrer Arbeit zu verstehen, sondern zugleich als geistig-gesellschaftliche Bilanz aus zweieinhalb Jahrzehnten ihres Bestehens und ihrer Aktivität für die Sache des Friedens und des gesellschaftlichen Fortschritts. In diesem Sinne nimmt die EntschlieÙung des 12. Parteitages im gleichen Zusammenhang unmittelbar Bezug auf die geschichtlichen Anfangsgründe der CDU:

„Mit dieser Zielsetzung geht unsere Partei vom Geist des Gründungsaufrufs vom 26. Juni 1945 aus. Wir haben erfüllt, was dieser Aufruf forderte: In der Gemeinschaft aller Volkskräfte wurde mit dem Geist und der Tatkraft auch der christlichen Demokraten in unserer Republik ein neues Deutschland geschaffen.“²

Natürlich führte ein weiter Weg, ein keineswegs konfliktloser ProzeÙ uns aus den Tagen der Parteigründung bis zu jenem Zeitpunkt hin, an dem wir dieses Resümee ziehen, diese Fixierung des jetzt erreichten Entwicklungsstandes unserer Partei,

1 Satzung der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes der CDU, (Berlin) 1968, S. 7 f.

2 ebenda, S. 8

ihres Platzes und ihrer Verantwortung in der Gemeinschaft der in der Nationalen Front unter der Führung der Partei der Arbeiterklasse zusammenwirkenden gesellschaftlichen Kräfte vornehmen konnten. Die 25. Wiederkehr des Tages, an dem der Berliner Gründungsaufruf veröffentlicht wurde, gibt Anlaß, sich im Rückblick auf die seither zurückgelegten Stationen und Etappen der Parteientwicklung die wichtigsten Ergebnisse der Arbeit der christlichen Demokraten in der Deutschen Demokratischen Republik zu vergegenwärtigen, von daher das gesellschaftlich-geistige Profil unserer Partei zu umreißen und einige Leitlinien ihrer künftigen Arbeit vorzuzeichnen.

Gesellschaftliche Umorientierung als Hauptaufgabe

Die deutsche Parteiengeschichte ist nicht gerade arm an Beispielen für die Bildung politischer Interessenorganisationen christlicher Bürger. Der deutsche Katholizismus verfügte bekanntlich schon in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts in Gestalt der Zentrums Partei über eine starke parteipolitische Stütze; auf protestantischer Seite kam es allerdings in den meisten Fällen nur zur Gründung mehr oder weniger kurzlebiger Vereinigungen parteiähnlichen Charakters. Werdegang und Zielsetzung all dieser parteipolitischen Gruppierungen, ihrer vielfältigen Vorläufer und Verzweigungen brauchen hier nicht im einzelnen untersucht zu werden; ein Blick in die dazu bereits erschienenen Veröffentlichungen³ gibt schon hinlänglich Aufschluß über die Problematik, auf die es in unserem Zusammenhang ankommen soll: Alle diese Zusammenschlüsse christlicher Bürger waren – gleich ob unter unmittelbarem kirchlichem Einfluß zustande gekommen oder nicht – konfessionell umgrenzt, und vor allem: sie ordneten sich von ihrer Zweckbestimmung, ihrer eigenen Programmatik und ihrer objektiven gesellschaftlichen Position her nahtlos in das bestehende bürgerliche Parteiensystem ein, das seinerseits, trotz all seiner gerade in Deutschland besonders ausgeprägten organisatorischen Vielgestaltigkeit, dem Wesen der damals herrschenden bürgerlichen Gesellschaftsverhältnisse entsprach und den politischen Bedürfnissen der einen oder der anderen Fraktion der Bourgeoisie Rechnung trug.

³ siehe vor allem: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945. In 2 Bänden. VEB Bibliographisches Institut, Leipzig 1968 (Band I), 1970 (Band II)

Nun ist ohne jeden Zweifel auch die Christlich-Demokratische Union Deutschlands, wie ihr Berliner Gründungsaufwurf unschwer erkennen läßt, als eine bürgerliche Partei gegründet worden (wir werden das im einzelnen noch nachzuweisen haben). Der ausschlaggebende Unterschied gegenüber früheren „christlichen Parteien“ in Deutschland bestand jedoch von vornherein darin, daß sie als bürgerliche Partei antifaschistisch-demokratischen Charakters ins Leben trat. Ursächlich dafür war – unabhängig von den im einzelnen recht unterschiedlichen Ansichten der Mitglieder des Berliner Gründerkreises, dessen politische Zusammensetzung ja sehr heterogen war – in erster Linie die konkrete historische Situation, in der die Gründung erfolgte. Welche geschichtlichen Umstände waren es, die der jungen Partei ihren Platz im politischen System der damals gerade erst im Entstehen begriffenen antifaschistischen Demokratie mit gesetzmäßiger Folgerichtigkeit zuwiesen?

Am 8. Mai 1945 war mit dem Sieg der Sowjetunion und der mit ihr in der Antihitlerkoalition verbündeten Staaten über den deutschen Faschismus die Hitlerdiktatur zusammengebrochen, hatte die Stunde der Befreiung für unser Land und Volk geschlagen. Die Tatsache, daß die sozialistische Sowjetunion den Hauptanteil an der Niederringung des Faschismus gehabt und die demokratischen Ziele der Antihitlerkoalition am entschiedensten verfochten hatte, verlieh sowohl den Nachkriegsvereinbarungen der Alliierten als auch den Anfängen der gesellschaftlichen Entwicklung im Osten Deutschlands, dem damaligen sowjetischen Besatzungsgebiet, in dem diese Vereinbarungen konsequent verwirklicht wurden, von vornherein ausgeprägt demokratische Züge. Damit war in diesem Teil Deutschlands eine wesentliche Garantie gegeben, die Restauration der schuldbeladenen imperialistischen Herrschaft weitestgehend auszuschließen – auch wenn es dann im einzelnen noch langwieriger Auseinandersetzungen der progressiven gegen die reaktionären politischen Kräfte bedurfte, um in der gesellschaftlichen Praxis die darin liegende Möglichkeit endgültig zur Wirklichkeit werden zu lassen.

Dafür, daß das gelang, bürgte – neben der Anwesenheit der Vertreter der sowjetischen Freundesmacht, die den Verlauf der revolutionären Prozesse vor konterrevolutionären Einwirkungen von außen schützte – insbesondere ein zweiter Faktor, der den damaligen Zeitumständen das Gepräge gab: die politische Konsequenz und moralische Autorität der revolutionären Vorhut der Arbeiterklasse, die Aktionseinheit der Arbeiterbewe-

gung, die schon im Frühjahr 1946 auch politisch-organisatorisch zustande kommende Einheit der Arbeiterklasse. Wenn im Gründungsaufwurf der CDU die Kraft anerkannt wird, „die von der Arbeiterschaft in das Volksganze einströmt“, so ist das gewiß keine rhetorische Floskel gewesen, sondern Reflex der Volksstimmung, der sich nach den Erfahrungen der Weimarer Periode und vor allem der Zeit der faschistischen Diktatur und des antifaschistischen Widerstandskampfes auch bürgerlich-demokratische Kreise nicht länger zu entziehen vermochten. Der protestantische Dichter Ernst Wiechert sprach kurz nach dem Kriege in seiner bekannten Münchener „Rede an die deutsche Jugend“ das aus, was damals alle ehrlichen demokratischen Kräfte auch außerhalb der Reihen der organisierten Arbeiterbewegung empfanden, wenn er im Rückblick auf die Kämpfe gegen die faschistische Terrorherrschaft von den „Helden und Märtyrern jener Jahre“ sagte:

„Sie sind diejenigen, die hinter Gittern und Stacheldraht zur Ehre des deutschen Namens starben und verdarben...“

Unter ihnen gab es wenige vom Adel, und nicht sehr viele aus den Reihen des reinen Geistes. Unter ihnen gab es viele aus den Bezirken der Kirche, aber sie alle traten zurück hinter den langen Zügen, die aus den Hütten des armen Mannes bei Tag und bei Nacht ihren Todesweg antraten. Vieler Jahrzehnte Lasten, Hunger und Qual hat der deutsche Arbeiter getragen, Kriegs- und Friedenslasten, aber niemals hat er eine schwerere Last getragen als in diesen zwölf Jahren. Niemals auch eine ehrenvollere, und keine Hand einer dunklen oder hellen Zukunft soll diesen unvergänglichen Glanz von seiner Stirne wischen. Er war es, der mein Leben rettete in dem Lager des Totenwaldes. Er war es, der mit einer Kameradschaft ohne gleichen den Zusammenbrechenden stützte, mit einer Zartheit des Herzens, die mich noch heute ergreift, Hochverräter und Kommunisten, einer wie der andere, und Samariter einer wie der andere, die sich niederbeugten und die Wunden wuschen, indes die anderen zur Seite blickten und weitergingen.“⁴

Die Kommunistische Partei Deutschlands gab, ausgerüstet mit der wissenschaftlichen Theorie von der demokratischen und sozialistischen Revolution und gestützt auf die Erfahrungen des von ihr geführten Kampfes gegen die Hitlerdiktatur, in ihrem Aufruf vom 11. Juni 1945 die Richtung für die antifaschistisch-demokratische Aufbauarbeit an, für das Ringen um eine demokratische deutsche Republik mit allen Rechten und Freiheiten für das Volk und mit einer progressiven gesellschaftlichen Perspektive. Damit ist zugleich die Plattform be-

⁴ Ernst Wiechert, Rede an die deutsche Jugend, Aufbau-Verlag, Berlin 1947, S. 16, 17

zeichnet, auf der sich alle demokratischen Kräfte – bis hin zu bürgerlichen Hitlergegnern – sammeln und zu gemeinsamem Handeln verbinden konnten. Die auf Initiative der KPD erfolgende Bildung der Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien am 14. Juli 1945 in Berlin, der die Gründung von Blockausschüssen in den Ländern und Kreisen, Städten und Gemeinden der seinerzeitigen sowjetischen Besatzungszone aus Vertretern aller Parteien folgte, war der entscheidende Schritt zur umfassenden Verwirklichung der Volksfrontpolitik, um deren Durchsetzung die KPD sich bereits in den Jahren des antifaschistischen Widerstandskampfes bemüht und die ihren Ausdruck damals vor allem im Nationalkomitee „Freies Deutschland“ gefunden hatte. Voraussetzung für diese Einheitsfront aller Demokraten, in der sich die Bündnispolitik der Arbeiterklasse und ihrer Partei mit der werktätigen Bauernschaft und den demokratischen Vertretern anderer Klassen und Schichten verkörperte, war die Herstellung der Einheit der Arbeiterbewegung auf revolutionärer Grundlage; erst damit wurde das Kristallisations- und Aktionszentrum für die breite Koalition aller Volkskräfte geschaffen.

Die im Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945 proklamierten Ziele und die Grundsätze des Demokratischen Blocks – radikale politische und ökonomische Entmachtung der Reaktion, echte Demokratisierung des gesamten öffentlichen Lebens, Herstellung friedlicher und freundschaftlicher Beziehungen zu allen Völkern, geistige Wandlung in fortschrittlich-humanistischem Sinn – entsprachen völlig den erklärten Zielen der Antihitlerkoalition, die definitiv Anfang August 1945 im Potsdamer Abkommen mit völkerrechtlicher Verbindlichkeit fixiert wurden, und den Interessen aller Nationen Europas, ja aller Völker der Welt, die nicht noch einmal imperialistische Kriegsgefahr von deutschem Boden ausgehen sehen wollten. Im Interesse unseres eigenen Volkes wie der europäischen Sicherheit und des Weltfriedens lag es also, wenn die demokratischen Kräfte unseres Landes unter Führung der revolutionären Partei der Arbeiterklasse sich nun gemeinsam anschickten, die Chance zu nutzen, die der deutschen Nation durch die Befreiung vom Faschismus gegeben war: die endgültige Abkehr vom Imperialismus mit allen Konsequenzen zu vollziehen und mit ganzer Entschlossenheit an den gesellschaftlichen Neuaufbau Deutschlands in radikal antifaschistisch-demokratischem Sinne heranzugehen.

Zusammenfassend kann also festgestellt werden, daß sich im Ergebnis des militärischen und politischen Sieges über Hitlerdeutschland völlig neue Bedingungen für die Entwicklung des

gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses – sowohl international wie auch in Deutschland selbst – herausbildeten. Das waren die objektiv-historischen Faktoren, die zusammen mit den erwähnten subjektiven Momenten, vor allem der antiimperialistischen Volksstimmung, bei der Gründung der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands und in den Anfängen ihrer Entwicklung „auf den Charakter der jungen Partei, auf das Denken und Handeln der Mehrzahl ihrer Mitglieder, auf die Haupttendenzen der Politik der CDU einwirkten“.⁵ Davon legt der Wortlaut des Gründungsaufrufs Zeugnis ab. „Aus heißer Liebe zum deutschen Volk“ rief er „die christlichen, demokratischen und sozialen Kräfte zur Sammlung, zur Mitarbeit und zum Aufbau einer neuen Heimat“. Er erinnerte an das Vorbild der „Kämpfer echter demokratischer Gesinnung, evangelischer und katholischer Christen, zahlloser jüdischer Mitbürger, Männer und Frauen aus allen Schichten des Volkes“, die unter dem faschistischen Terror gelitten und ihr Leben geopfert hatten, und bekannte sich zum „Geist ihres Vermächtnisses“. Im Anblick des „Trümmerhaufens sittlicher und materieller Werte“ wurde den unseligen Mächten der Vergangenheit, die unser Volk bis an den Rand des Abgrundes geführt hatten, eine entschiedene Absage erteilt, wurde gefordert, „die Schuldigen und ihre Helfershelfer unnachsichtig... zur Rechenschaft zu ziehen“, wurde gelobt, „alles bis zum Letzten auszutilgen, was dieses ungeheure Blutopfer und dieses namenlose Elend verschuldet hat, und nichts zu unterlassen, was die Menschheit künftig vor einer solchen Katastrophe bewahrt“.

Aus solcher Erkenntnis der Ursachen der Katastrophe und der Pflicht zu einem neuen Anfang wurden bereits einige konkrete Schlußfolgerungen für die gesellschaftliche Neuordnung im sozialökonomischen Bereich gezogen: „Um für alle Zeiten die Staatsgewalt vor illegitimen Einflüssen wirtschaftlicher Machtzusammenballungen zu sichern“, sollten „die Bodenschätze in Staatsbesitz übergehen“, „der Bergbau und andere monopolartige Schlüsselunternehmungen unseres Wirtschaftslebens... klar der Staatsgewalt unterworfen werden“; „unter weitgehender Heranziehung des Großgrundbesitzes“ sollten die Verhältnisse auf dem Lande neu gestaltet werden; der „Aufbau unseres Wirtschaftslebens, die Sicherung von Arbeit und Nahrung, Kleidung und Wohnung“ sollten „ohne jede Rücksicht auf persönliche Interessen... in straffer Planung“

5 Thesen zur Geschichte der CDU, in: Dokumente der CDU, Band VI, Union Verlag, Berlin (1966), S. 61. Die im folgenden gegebene Analyse des Gründungsaufrufs stützt sich auf diese Thesen.

erfolgen. So sollte – auch anknüpfend an die wahren und bleibenden Werte christlicher Überlieferung und Gesittung – der Aufbau eines neuen Deutschlands, einer Heimstatt des Friedens und der Demokratie, eines „wahrhaft demokratischen Staates“, beherzt in Angriff genommen werden, eines wirklichen Vaterlandes aller patriotisch denkenden Deutschen, in dem die nationale Frage entsprechend den Lehren der Geschichte gelöst und mit der verhängnisvollen Krisen- und Kriegspolitik der zurückliegenden Zeit ein für allemal Schluß gemacht werden konnte. Damit sollten zugleich „die Grundlagen für die Anbahnung einer vertrauensvollen Zusammenarbeit mit den anderen Völkern“ geschaffen werden.

Angesichts der großen nationalen Bedeutung dieser Aufgaben wurde bereits im Gründungsaufwurf offen davon gesprochen, daß dieser „Weg der Sühne und der Wiedergeburt“ nur in „brüderlicher und vertrauensvoller Zusammenarbeit aller die Demokratie bejahenden Parteien und aller aufbauwilligen Kräfte“ mit Erfolg beschritten werden konnte. So forderte der Aufruf, „alles Trennende zurücktreten zu lassen“, und betonte ausdrücklich, daß die neue Partei „mit den anderen Parteien der neuen Demokratie gemeinsam am Aufbau Deutschlands arbeiten will“.

Andererseits ließ der Gründungsaufwurf in manchen Grundfragen und in einer Reihe von Einzelforderungen – und darin wiederum zeigt sich der zunächst bürgerliche Charakter der Parteigründung – noch allerlei Unklarheiten und illusionäre Vorstellungen über Weg und Ziel der Partei erkennen. Als Symptom dafür sei hier auf die fast am Anfang des Aufrufs stehenden Sätze verwiesen:

„Unsagbar schwer ist unsere Aufgabe. Nach 1918 rettete die politische Führung Organe des staatlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens aus dem militärischen Zusammenbruch...“

Heute aber stehen wir vor einer furchtbaren Erbschaft...“

Dieses Mal trieb ein gewissenloser Diktator mit seinem Anhang einen frivol entfesselten Krieg bis zum letzten Ausbluten unseres Volkes... Mit verlogenen nationalen Phrasen und hohlen Friedensbeteuerungen hat er das eigene Volk und andere Völker getäuscht...“⁶

Aus diesen Sätzen spricht zwar ebenfalls eine subjektiv ehrliche antifaschistisch-demokratische Gesinnung, daneben jedoch auch eine auf mangelnder wissenschaftlicher Durchdrin-

6 zitiert nach: Dokumente der CDU (Band I), Union Verlag, Berlin (1956), S. 19

gung beruhende Fehleinschätzung des Klassenwesens sowohl der Weimarer Republik als auch der Hitlerdiktatur. Von einer solchen bürgerlichen Grundeinstellung zur Staatsfrage sind auch einige andere Passagen des Gründungsaufrufs bestimmt, in denen zum Teil noch irrige, parlamentarisch-illusionäre Auffassungen bürgerlicher oder kleinbürgerlicher Natur über das Wesen der angestrebten „neuen Demokratie“ erkennbar werden. Das mindert jedoch den prinzipiellen Wert des Gründungsaufrufs als Dokument des Antifaschismus und Antimilitarismus, eines tatbereiten Aufbauwillens und tiefer Friedensliebe nicht herab, sondern ist nur die Widerspiegelung zeitbedingter Unklarheiten, die im Lauf der weiteren Entwicklung und mit zunehmender Erfahrung des politischen Kampfes zu überwinden waren. Die vom Hauptvorstand der Partei 1965 beschlossenen „Thesen zur Geschichte der CDU“ kommen daher zu der Feststellung, daß der Gründungsaufwurf

„... in seinem Grundgehalt durchaus den Aufgaben und Forderungen der damaligen Zeit entsprach und Zeugnis gab für die Bereitschaft der christlichen Demokraten, Fehler der Vergangenheit zu überwinden und sich nun bewußt in den recht verstandenen Dienst an der Nation zu stellen“.⁷

So erklärt sich die Einschätzung, die zu Beginn der „Thesen“ gegeben wird:

„Die Gründung unserer Partei bedeutete etwas von Grund auf Neues für die gesellschaftliche Orientierung der Christen in Deutschland. Zum erstenmal in der deutschen Geschichte wurde von Christen verschiedener Konfession eine politische Partei gebildet, die von vornherein die Beteiligung am Kampf um den Frieden, um eine neue Demokratie und den sozialen Fortschritt an der Seite der Arbeiterklasse zu ihrem Programm erhob, sich zur Einheit aller demokratischen Kräfte bekannte und die Unterstützung der geistigen Nebenbesinnung und gesellschaftlichen Umorientierung der christlichen Menschen in Deutschland zu ihrer Hauptaufgabe erklärte.“⁸

Ergänzend zu dem bisher Ausgeführten sei darauf hingewiesen, daß seinerzeit auch die kirchenleitenden Kreise der beiden großen Konfessionen in ihren Erklärungen zur Lage unseres Volkes, die als „Schuldbekennnisse“ in die Kirchengeschichte eingegangen sind, eine Reihe von Gedankengängen aussprachen, die den im Gründungsaufwurf der CDU formulierten Erkenntnissen weitgehend ähnelten.⁹ Die deutschen katholischen Bischöfe bekannten in Fulda: „Wir beklagen es zu-

tiefst: viele Deutsche, auch aus unseren Reihen, ... leisteten durch ihre Haltung den Verbrechern Vorschub, viele sind selber Verbrecher geworden.“ Berufene Vertreter der Evangelischen Kirche in Deutschland gestanden im Oktober 1945 in einer Ratssitzung in Stuttgart ein: „Durch uns ist unendliches Leid über viele Völker und Länder gebracht worden.“ Sich selbst klagten sie an, in der Zeit des Faschismus „nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt“ zu haben, und sie gelobten: „Nun soll in unseren Kirchen ein neuer Anfang gemacht werden“, damit „der Geist des Friedens und der Liebe zur Herrschaft komme“. Später (1947) erklärte in Darmstadt der Reichsbrüdererrat der Bekennenden Kirche: „Wir sind in die Irre gegangen, als wir begannen, den Traum einer besonderen deutschen Sendung zu träumen, als ob am deutschen Wesen die Welt genesen könne... Es war verhängnisvoll, daß wir begannen, unseren Staat nach innen allein auf eine starke Regierung, nach außen allein auf militärische Machtentfaltung zu begründen... Wir sind in die Irre gegangen, als wir begannen, eine ‚christliche Front‘ aufzurichten gegenüber notwendig gewordenen Neuordnungen im gesellschaftlichen Leben der Menschen... Wir haben es unterlassen, die Sache der Armen und Entrechteten gemäß dem Evangelium von Gottes kommendem Reich zur Sache der Christenheit zu machen... Werdet euch... der Verantwortung bewußt, die alle und jeder einzelne von uns für den Aufbau eines besseren deutschen Staatswesens tragen, das dem Recht, der Wohlfahrt und dem inneren Frieden und der Versöhnung der Völker dient.“

Als dieses „Darmstädter Wort“ veröffentlicht wurde, glichen seine Unterzeichner bereits den Rufern in der Wüste. Inzwischen hatte nämlich in den westlichen Zonen Deutschlands in „konzertierter Aktion“ des USA-Imperialismus und seiner Verbündeten, der deutschen Hochfinanz und seiner Hauptpartei, der CDU/CSU, sowie der rechten sozialdemokratischen Führung schon die Wiederherstellung der Machtpositionen der Reaktion eingesetzt, und zwar nicht ohne Dazutun offizieller kirchlicher Kreise. Mit um so größerer Deutlichkeit hebt sich demgegenüber die Rolle unserer Partei ab: Mit ihrer Gründung und Entwicklung wurden Christen in die Lage versetzt, die Lehren der Geschichte nicht allein zu erkennen, sondern sie auch in ihrem gesellschaftlichen Handeln an der Seite der anderen Volkskräfte zu beherzigen, das heißt mitzuwirken an der Ausrottung von Imperialismus und Militarismus, an der Errichtung der Macht des Volkes, beruhend auf der Einheit der Arbeiterklasse und aller demokratischen Kräfte.

7 zit. nach: Dokumente der CDU, Band VI, a. a. O., S. 67

8 ebenda, S. 59

9 vergl. ebenda, S. 64 f.

Entscheidungen im Kampf durchgesetzt und bewährt

Wir sind auf die Anfänge der CDU hier deswegen so ausführlich eingegangen, weil zu dieser Zeit das Fundament für das konsequent fortschrittliche, auf die Interessen des Volkes und des Friedens orientierte Handeln der vorwärtsstrebenden Kräfte innerhalb unserer Partei gelegt wurde und weil andererseits schon in jener Periode im Keim die Widersprüche sichtbar wurden, die es in den folgenden Jahren im Kampf zugunsten des Fortschritts zu überwinden galt: Widersprüche in der geistigen Grundhaltung und in bestimmten daraus resultierenden programmatischen Aussagen, die unterschiedliche Klassenpositionen, eine gegensätzliche Einstellung zu den gesellschaftlichen Hauptfragen erkennbar werden ließen. Die innerparteiliche Reaktion – bis Ende 1945 von Andreas Hermes und Walther Schreiber, dann bis Ende 1947 von Jakob Kaiser und Ernst Lemmer angeführt – optierte in diesen Grundfragen letztlich für proimperialistische Lösungen. Deshalb versuchte sie, den demokratischen Umwälzungen im Osten Deutschlands entgegenzuwirken, die gerade erst hergestellte demokratische Einheit der Volkskräfte zu sprengen und unter Vorspiegelung scheinbar neutralistischer Positionen eine Restauration der alten Besitz- und Machtverhältnisse anzubahnen. Das war der ganze Kern ihrer wechselnden Machenschaften, angefangen bei Hermes' Verzögerungstaktik gegenüber der demokratischen Bodenreform bis hin zu Kaisers Widerstand gegen die Volkskongreßbewegung für Einheit und gerechten Frieden. Zudem wurden diese Versuche, die antifaschistisch-demokratische Revolution abzubremsen, bezeichnenderweise noch mit einem Schuß nationaler Demagogie gepaart, indem den christlichen Demokraten in der damaligen sowjetischen Besatzungszone suggeriert wurde, die Veränderung der gesellschaftlichen Strukturen im Osten Deutschlands griffe den für einen späteren Zeitpunkt anzustrebenden „gesamtdeutschen“ Lösungen vor; so sollte die Aufmerksamkeit von den in den Westzonen agierenden Spaltern abgelenkt und der bereits damals deutlich zutage tretende soziale Kern der nationalen Frage verdeckt werden.

Diese Strategie und Taktik der reaktionären Kräfte innerhalb der CDU war Verrat am Geist des Gründungsaufrufs. Die fortschrittlichen Kräfte – und das war die große Mehrheit in den Reihen unserer Partei – hielten, geschart um Otto Nuschke und seine Freunde – unter ihnen August Bach, Dr. Reinhold Lobedanz, Gerald Götting, Luitpold Steidle und viele andere –, dem Geist des Gründungsaufrufs die Treue, arbeiteten

tatkraftig an den revolutionär-demokratischen Umwälzungen im Osten Deutschlands mit, lernten im Kampf und verdrängten in drei entscheidenden Auseinandersetzungen Ende 1945/Anfang 1946, Ende 1947/Anfang 1948 und Ende 1949/Anfang 1950 die reaktionären Kräfte aus der CDU. Bis zum 5. Parteitag 1950 waren diese Hauptfragen der Parteinahme für Frieden und Fortschritt, für die Macht des Volkes im wesentlichen ausgetragen und zugunsten der progressiven Kräfte entschieden worden. Das war von ausschlaggebender Bedeutung nicht nur für die Klärung der Perspektive unserer Partei beim weiteren gesellschaftlichen Neuaufbau, sondern auch für die definitive Entscheidung der Frage „Wer – Wen?“ in der sowjetischen Besatzungszone bzw. in der 1949 gegründeten Deutschen Demokratischen Republik, die sich bereits auf starken gesellschaftlichen Grundfesten erheben konnte. Ursächlich für den Sieg der vorwärtsdrängenden Kräfte innerhalb der CDU über ihre innerparteilichen Widersacher war die eindeutige Herausarbeitung der Grundfragen: demokratischer Fortschritt oder Restauration der Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse der Großbourgeoisie, Krieg oder Frieden, Imperialismus oder Sozialismus? Nicht durch Vertuschen der antagonistischen Gegensätze, sondern durch ihr eindeutiges Aufdecken gelang es, sie kämpferisch zu überwinden. Das war und bleibt den christlichen Demokraten eine wichtige Lehre für ihr parteiliches Herangehen an die politischen Grundfragen.

Durch die klare Beantwortung dieser Grundfragen wiederum konnten in der eigenen Partei die Energien entbunden werden, auch parteilose Christen zur Entscheidung für das Neue, zur Parteinahme für Frieden, Demokratie und gesellschaftlichen Fortschritt zu führen und damit die politisch-moralische Einheit des ganzen Volkes entwickeln zu helfen. Ein Beispiel dafür bietet die Auseinandersetzung um den Sozialismus-Begriff innerhalb der CDU. Jakob Kaiser und seine Gefolgsleute hatten 1946/47 die Losung vom „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“ ausgegeben, um das ehrliche Streben christlicher Werktätiger nach sozialer Gerechtigkeit zu mißbrauchen, in antikommunistischem Sinne umzufunktionieren und ihr progressives Wollen damit auf einem scheinbaren „dritten Weg“ auf die Mühlen der Reaktion zu lenken. Als Elemente des „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“ gaben seine Verfechter die Vergesellschaftung bestimmter Produktionsmittel, die Wirtschaftsplanung und ein gewisses Maß an Mitbestimmung der Werktätigen aus; damit wurde der Sozialismus-Begriff auf einige wenige äußerliche Merkmale reduziert, die als christlich „vertretbare“ Minimallösun-

gen dem Marxismus-Leninismus und seiner wissenschaftlichen Sozialismus-Theorie polemisch entgegengesetzt wurden. Die Hinterhältigkeit dieses Manövers, das auf die Spaltung der fortschrittlichen Kräfte durch Konstruktion einer „christlichen“ Scheinalternative zum wissenschaftlichen Sozialismus abzielte, bestand zudem noch darin, daß ja seinerzeit in der sowjetischen Besatzungszone auf Grund der damals gegebenen objektiven und subjektiven Umstände bekanntlich der Übergang zum Aufbau des Sozialismus noch nicht auf der Tagesordnung stand und die von der Kaiser-Clique herausgestellten Kennzeichen des „christlichen Sozialismus“ eine formelle Ähnlichkeit mit bestimmten sozialökonomischen Kategorien der antifaschistisch-demokratischen Ordnung aufwies. Auch dadurch erklärt sich das verhältnismäßig starke Echo, das Kaiser mit seiner „Sozialismus“-Theorie selbst bei gutwilligen christlichen Demokraten fand.

Auch nach der Verdrängung der um Kaiser gruppierten Führungskreise aus unserer Partei bedurfte es noch eines mehrjährigen Prozesses der Klärung und Selbstverständigung, bis in unseren eigenen Reihen die Erkenntnis gereift und gefestigt war, daß Christen keine eigene Gesellschaftskonzeption zu verfechten, sondern nur an der Seite der Arbeiterklasse und ihrer Partei die Möglichkeit haben, ihre humanistischen und sozialen Anliegen auf der Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus in die Tat umzusetzen. Eine entscheidende Etappe auf dem Weg der dabei zurückzulegenden Durchgangsstationen war die bekannte Erklärung des Hauptvorstandes der CDU zum 33. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, in der – erstmalig in dieser Deutlichkeit – festgestellt wurde:

„Die Sowjetunion ist der erste Staat, in dem der Sozialismus aus dem Stadium der Theorie in das seiner Verwirklichung eingetreten ist. Alle theoretischen Auseinandersetzungen über den Sozialismus und alle sozialistische Politik (sind) von nun an nicht mehr denkbar ohne die in der Sowjetunion gemachten Erfahrungen, ohne die Würdigung der Verwirklichung des Sozialismus auf einem Sechstel der Erde.“¹⁰

Aber noch manche Erscheinungen in der Diskussion um die 1951 verabschiedeten „Thesen des Christlichen Realismus“ ließen zumindest im Ansatz wieder die Versuchung deutlich werden, eine scheinchristliche Gegentheorie gegen die marxistisch-leninistische Sozialismus-Konzeption zu konstruieren. Erst nach der 2. Parteikonferenz der SED (Juli 1952), die den

planmäßigen Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in der DDR proklamierte, bekannte sich die CDU in der Entschließung ihrer nachfolgenden Hauptvorstandssitzung und dann auf ihrem 6. Parteitag (Oktober 1952) zur Mitarbeit an der Errichtung des Sozialismus im Sinne der am sowjetischen Grundmodell erprobten, vom Marxismus-Leninismus wissenschaftlich verallgemeinerten generell gültigen Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus. Dieses Bekenntnis ging bezeichnenderweise zeitlich und ursächlich Hand in Hand mit der Anerkennung der führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei. Erst dadurch gewann die CDU nun ihrerseits die innere Vollmacht und die praktische politische Möglichkeit, auch anderen christlichen Bürgern mit wachsendem Erfolg zu der Erkenntnis zu verhelfen, daß der Aufbau des Sozialismus ein objektives gesellschaftliches Erfordernis darstellt und daß die Beteiligung am sozialistischen Aufbau in Übereinstimmung mit den gesellschaftsbezogenen Prinzipien der christlichen Ethik steht.

In der Rückschau auf das jetzt vergangene Vierteljahrhundert des Wirkens der CDU wird sichtbar, daß der Beitrag der christlichen Demokraten zur Herstellung eines freundschaftlichen und vertrauensvollen Verhältnisses zwischen Marxisten und Christen wohl die gewichtigste geschichtliche Leistung unserer Partei darstellt. Nach all den Belastungen, denen dieses Verhältnis in den Jahrzehnten der Herrschaft der Großbourgeoisie und im Zeichen des offenen oder verdeckten bürgerlichen Staatschristentums ausgesetzt war, bedeuten die Anwendung der marxistisch-leninistischen Prinzipien der Bündnispolitik auf christliche Kreise unserer Bevölkerung und ihr Hineinwachsen in die politisch-moralische Einheit des von der Arbeiterklasse und ihrer Partei geführten Volkes eine gleichsam kopernikanische Wende in der gesellschaftlichen Positionsbestimmung von Bürgern christlichen Glaubens. Möglich wurde sie durch die revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaftsverhältnisse, durch die Errichtung der Arbeiter-und-Bauern-Macht, durch die Herausbildung der führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei, durch die Arbeit des Demokratischen Blocks und der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, nicht zuletzt aber auch durch die aktive Mitwirkung einer immer größeren Zahl von Christen selbst, die sich mit wachsender Bewußtheit und Verantwortlichkeit in das neue gesellschaftliche Werden in unserem Lande hineinstellten und damit unselige Überlieferungen der Vergangenheit zu ihrem Teil abtragen halfen. Gerade in diesem Vorgang, der

keineswegs ohne Konflikte verlief und noch nicht abgeschlossen ist, wird für jedermann ersichtlich, daß Führungsrolle der Partei der Arbeiterklasse und eigenschöpferisches Mitwirken aller mit ihr im Bunde stehenden gesellschaftlichen Kräfte zwei untrennbar zusammengehörende Seiten ein und derselben Sache darstellen.

Die Herstellung und Vertiefung jenes gänzlich neuartigen Vertrauensverhältnisses zwischen Marxisten und Christen ist ein bedeutsamer Teilaspekt des umfassenden Prozesses, den wir als Werden und Wachsen der sozialistischen Menschengemeinschaft auf der Grundlage der sozialistischen Macht- und Produktionsverhältnisse bezeichnen. Für uns christliche Demokraten ging es politisch-geistig Hand in Hand mit der Befreiung vom Antikommunismus und von den erwähnten Scheinthorien eines „dritten Weges“, mit der Ausbreitung des Gedankens der Freundschaft mit der Sowjetunion und den anderen Ländern und Völkern der sozialistischen Gemeinschaft, schließlich mit der Aneignung entscheidender gesellschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse des Marxismus-Leninismus. Dabei bestätigte sich an unserem eigenen inneren Werdegang eine Erfahrung, die Hermann Matern, Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der SED, in seinem Vortrag „Unser gemeinsamer Weg zur sozialistischen Menschengemeinschaft“ im September 1969 vor Führungskadern der CDU in die Worte kleidete:

„Viele Christen haben im gemeinsamen Kampf die Erfahrung gemacht, daß die marxistisch-leninistische Gesellschaftstheorie, also die Gesellschaftsprognose im Leben bestätigt wurde.

Deshalb haben sich Christen bestimmte gesellschaftswissenschaftliche Erkenntnisse des Marxismus, wie zum Beispiel die Leninsche Imperialismusanalyse, die marxistische Analyse des Charakters des deutschen Imperialismus und Faschismus oder die marxistische Einschätzung des staatsmonopolistischen kapitalistischen Systems in Westdeutschland, zu eigen gemacht. Das bedingte keine Abkehr der Christen von ihrem Glauben oder ihren weltanschaulichen Überzeugungen.

Wir haben die Preisgabe dieser Überzeugung weder zur Bedingung noch zum Ziel unserer Bündnispolitik gemacht.“¹¹

Wir christlichen Demokraten können von unseren eigenen Erfahrungen her diesen Gedankengang fortsetzen und ihm

¹¹ Hermann Matern, Unser gemeinsamer Weg zur sozialistischen Menschengemeinschaft, Union Verlag, Berlin (1969), S. 38 f.

hinzufügen: Gerade das Bekannt- und Vertrautwerden mit den wissenschaftlichen Erkenntnissen der revolutionären Arbeiterbewegung über die entscheidenden gesellschaftlichen Prozesse unserer Tage versetzte uns Christen in die Lage, mit vorher nie gekannter Effektivität unseren eigenen Beitrag zur Neugestaltung der zwischenmenschlichen wie der internationalen Beziehungen im Sinne der uns aufgetragenen sittlichen Normen der Friedensliebe, der Gerechtigkeit und Brüderlichkeit, der Mitmenschlichkeit und der Völkerfreundschaft zu erbringen und unsere eigenen Kräfte im Dienst am Ganzen der sozialistischen Gesellschaft zu entfalten. Erst unsere Teilnahme an der demokratischen und sozialistischen Gemeinschaftsarbeit aller von der Partei der Arbeiterklasse geführten Volkskräfte auf der Plattform gemeinsamer humanistischer Verantwortung ließ und läßt uns unsere eigene politisch-geistige Spezifik voll entfalten. In nunmehr zwei Jahrzehnten eigenem Mitwirken am sozialistischen Aufbau unserer Republik konnten wir und mit uns ungezählte parteilose Christen die Erfahrung machen und den Beweis erbringen, daß Christen im Sozialismus leben und arbeiten können, ja daß sie unter sozialistischen Voraussetzungen unvergleichlich besser leben und in unvergleichlich tieferer Übereinstimmung mit ihren ethischen Prinzipien arbeiten können, als das jemals in den sozialökonomischen Formationen der klassengespaltenen Gesellschaft möglich gewesen ist.

Arbeit im Dienst am gesellschaftlichen Ganzen

Existenz und Aktivität der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands haben es vielen Bürgern christlichen Glaubens, die ihr angehören oder sich von ihrem Beispiel ermutigen lassen, möglich gemacht, ihr Denken und Handeln in Übereinstimmung zu bringen mit den Entwicklungsgesetzen der Gesellschaft, mit der geschichtlichen Haupttendenz unserer Epoche, die seit den Tagen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution die Epoche des weltweiten Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, des grundlegenden Wandels aller sozialen Existenzformen der Menschheit ist. Existenz und Aktivität der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands bewirkten die Entfaltung der gesellschaftlichen Potenzen christlicher Bevölkerungskreise unserer Republik zugunsten der Lösung der Aufgaben des antifaschistisch-demokratischen und des sozialistischen Aufbaus in allen seinen Etappen und

in allen Lebensbereichen. Existenz und Aktivität der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands waren maßgebliche Faktoren für die Stärkung der politisch-moralischen Einheit unseres Volkes, für die Herausarbeitung und Festigung der gleichberechtigten und gleichverpflichteten Position von Bürgern christlichen Glaubens in der werdenden sozialistischen Menschengemeinschaft, die nach der Überwindung der antagonistischen Klassengegensätze im Ergebnis der sozialökonomischen Umwälzungen und politisch-geistigen Wandlungen immer mehr von der prinzipiellen Übereinstimmung der gesellschaftlichen, Gruppen- und individuellen Interessen gekennzeichnet ist. In dreifacher Hinsicht haben Existenz und Aktivität der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands geholfen, die Deutsche Demokratische Republik allseitig zu stärken.

Zunächst und vor allem sind es die Leistungen der Mitglieder der CDU selbst, ihre Aufbautaten in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, die den Beitrag der CDU zu den revolutionären Umgestaltungen in der DDR ausmachen. Beginnend mit den Monaten unmittelbar nach der Befreiung vom Faschismus, als die Aktivisten der ersten Stunde an die Beseitigung der unseligen Hinterlassenschaft Nazideutschlands und des von ihm entfesselten zweiten Weltkrieges gingen, haben Unionsfreunde in allen Phasen des demokratischen und sozialistischen Aufbaus an der Seite ihrer marxistischen Freunde und aller anderen Volkskräfte bei der Lösung der praktischen Aufgaben in der Volkswirtschaft, in der staatlichen Arbeit, im geistig-kulturellen Leben und auf allen anderen Gebieten ihren Mann gestanden. Viele tausend Mitglieder der CDU haben in ehrenamtlicher Mitarbeit in den Volksvertretungen und ihren Räten, in den Ausschüssen der Nationalen Front und ihren Arbeitsgruppen, in den Massenorganisationen, in den Gremien der Rechtspflege, in Elternvertretungen und auf vielfältige andere Weise Anteil an der Vertiefung der sozialistischen Demokratie, an der Verwirklichung des Verfassungsgrundsatzes: „Plane mit, arbeite mit, regiere mit!“ Ihr Wirken ist anschaulicher Beweis dafür, wie die Arbeiterklasse und ihre Partei es verstehen, Angehörige aller anderen werktätigen Klassen und Schichten zur Mitgestaltung unserer sozialistischen Gesellschaft heranzuziehen und alle Volkskräfte in die Ausübung der Macht einzubeziehen.

An allen entscheidenden gesellschaftlichen Aktionen, die das politische, sozialökonomische und geistige Antlitz unseres Landes verändert, die zwischenmenschlichen Beziehungen auf jeweils höherer Ebene weiterentwickelt und das Gemeinschafts-

denken und -handeln der Bürger vorangeführt haben, waren Mitglieder unserer Partei beteiligt. Sie waren dabei, als durch die demokratische Bodenreform und die Enteignung der Monopolherren, durch die demokratische Schulreform und durch die Umwälzungen im Staatsapparat die Machtgrundlagen des Imperialismus radikal beseitigt und die Voraussetzungen für die antifaschistisch-demokratische Ordnung geschaffen wurden. Sie waren dabei, als 1948/49 die patriotische Bewegung des Volkskongresses für Einheit und gerechten Frieden sich ausbreitete und in die Nationale Front des demokratischen Deutschland hinüberwuchs, als die Aktivistenbewegung dem Grundsatz „Erst mehr arbeiten – dann besser leben“ zum Durchbruch verhalf und den Grundstein für den großen volkswirtschaftlichen Aufschwung der folgenden Jahre legte. Sie waren dabei, als die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik im Ergebnis einer großen Protestbewegung gegen die verräterische Abspaltung der Westzonen vom deutschen Nationalverband das Werk des antifaschistisch-demokratischen Neuaufbaus im Osten Deutschlands krönte, seine Errungenchaften staatlich sicherte und seine Weiterführung garantierte. Sie waren dabei, als in Industrie und Landwirtschaft, in allen anderen Sphären der Volkswirtschaft die Grundlagen des Sozialismus geschaffen und dann die sozialistischen Produktionsverhältnisse zum Siege geführt wurden; bedeutsame Leistungen vollbrachten sie insbesondere bei der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft, bei der Gewinnung von Handwerkern, Gewerbetreibenden und Unternehmern für den Weg zum Sozialismus sowie bei der sozialistischen Weiterentwicklung des Bildungswesens und der Nationalkultur.

Heute arbeiten Mitglieder der CDU in allen Teilbereichen der sozialistischen Gesellschaft daran, diese unsere Gesellschaft als Gesamtsystem zu entwickeln und auf solche Weise den Sozialismus umfassend aufzubauen und zu vollenden. Das Miteinander von Marxisten und Christen in der Produktion und im gesellschaftlichen Leben hat über Jahre hinweg das Verhältnis gegenseitigen Vertrauens immer enger werden lassen, hat aus dem früher noch vielfach anzutreffenden Nebeneinander ein echtes Füreinander werden lassen. Hand in Hand damit hat sich der politisch-geistige Horizont der christlichen Demokraten geweitet, hat sich ihr Blick für gesellschaftliche Zusammenhänge und Gesetzmäßigkeiten geschärft, ist ihre Verantwortung für das Ganze immer weiter gewachsen. Gleiches gilt für ungezählte parteilose christliche Mitbürger. So bestätigt sich an uns Christen die Erfahrungstatsache, daß der grundlegende Wandel in der gesellschaftlichen Psyche der

Menschen und in ihren Beziehungen zueinander die größte und bedeutsamste Errungenschaft des sozialistischen Aufbaus in der Deutschen Demokratischen Republik darstellt. Wir selbst konnten dabei den Begriff der christlichen Verantwortung, der früher nur allzu häufig auf die Sphäre des individuellen Lebens begrenzt oder auf den Bereich sozialer Mildtätigkeit eingeengt war, in neue, umfassende soziale Dimensionen hinein erstrecken, mit neuem gesellschaftlichem Inhalt entsprechend den Erfordernissen und Möglichkeiten des Sozialismus erfüllen und diese Verantwortung im Dienst an den Belangen der gesamten sozialistischen Menschengemeinschaft praktizieren. Das bedeutete und bedeutet Bereicherung und Gewinn für den einzelnen wie für das Ganze.

Zweitens haben wir teil an der allseitigen Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik dadurch, daß wir christlichen Demokraten im Rahmen des Gesamtsystems der politischen Organisation unserer sozialistischen Gesellschaft verantwortlich an der Ausarbeitung und Durchführung der Staatspolitik der DDR beteiligt sind. Das Bündnisstreben der Arbeiterklasse und ihrer Partei einerseits, die Bündnisbereitschaft aller mit ihr vereinten Volksschichten andererseits – diese beiden Grundelemente unserer Gesellschaftsverhältnisse und namentlich unserer staatlichen Ordnung – äußern sich nicht allein darin, daß christliche Demokraten und Mitglieder der anderen demokratischen Parteien verantwortlich in allen Staatsorganen – von der Volkskammer, dem Staatsrat und dem Ministerrat bis hin zu den örtlichen Volksvertretungen – mitwirken, sondern beispielsweise auch in den zahlreichen konstruktiven Vorschlägen und Hinweisen, mit denen unsere Partei gleich allen anderen demokratischen Kräften die Entwicklung unseres Staates voranführen half. Erinnerung sei hier – als ein Beispiel unter vielen – an die bedeutsamen Anregungen der CDU zur Einbeziehung der Angehörigen der damaligen Mittelschichten in den Aufbau des Sozialismus, insbesondere an die Vorschläge für die Gewinnung des städtischen Kleinbürgertums und der nichtmonopolistischen Bourgeoisie für die ökonomische Bündnispolitik unseres sozialistischen Staates. Gedacht ist hierbei namentlich an die Beiträge zur Ausarbeitung der Form der Staatsbeteiligung an privaten Industriebetrieben, zur Ausgestaltung der Wege und Methoden der genossenschaftlichen Arbeit im Handwerk und zum Abschluß von Kommissionsverträgen zwischen sozialistischen und privaten Handelsbetrieben. Indem die CDU – gestützt auf ihre Erfahrungen in der vorangegangenen Arbeit mit den Angehörigen dieser Bevölkerungsschichten – wesentliche Vor-

schläge zum Inhalt und zu den Methoden der Eingliederung von Handwerkern, Einzelhändlern und Unternehmern in die sozialistische Ordnung unterbreitete und Tausende Inhaber privater Betriebe dafür gewann, sich eng mit der sozialistischen Wirtschaft zu verbinden, unterstützte sie nicht allein die ökonomische Politik unseres Staates, sondern zugleich die Entwicklung der sozialistischen Menschengemeinschaft, die auf der Aufhebung der früheren Klassengegensätze beruht, die Führungsfunktion der Arbeiterklasse und ihrer Partei widerspiegelt und die Tendenz der allmählichen Annäherung aller Klassen und Schichten der sozialistischen Gesellschaft an die sich selbst weiter- und höherentwickelnde Arbeiterklasse verkörpert.

Ein weiteres Beispiel dafür, wie die CDU durch ihre Vorschläge zur Gestaltung konkreter Maßnahmen und Schritte des sozialistischen Aufbaus die Entwicklung des gesellschaftlichen Ganzen förderte, bietet ihr Anteil an der Ausarbeitung des Gesetzes über das einheitliche sozialistische Bildungssystem. Dieses Gesetz, das die Erziehung und Bildung der jungen Generation unserer Republik im Einklang mit den Anforderungen des entfalteten sozialistischen Aufbaus unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution gewährleistet, erhielt durch die Mitarbeit unserer Partei im Ergebnis der öffentlichen Diskussion eine Fassung, die die Bürger christlichen Glaubens in ihrer Bereitschaft zum Mittun an der Verwirklichung dieses Gesetzeswerkes wesentlich bestärkte. Solche Beispiele, denen viele andere an die Seite gestellt werden könnten – allein im ersten Halbjahr 1970 unterbreitete das Präsidium des Hauptvorstandes den jeweils verantwortlichen zentralen Staatsorganen umfangreiche Vorschläge zur Endfassung des Gesetzes über das System der sozialistischen Landeskultur, des Staatsratsbeschlusses zur Entwicklung sozialistischer Kommunalpolitik sowie zur Weiterentwicklung des sozialistischen Bildungssystems im Zusammenhang mit dem VII. Pädagogischen Kongreß –, zeugen auf ihre Weise für eine außerordentlich bedeutsame Entwicklungstendenz im Charakter und in der gesamtgesellschaftlichen Funktion unserer Partei:

Gegründet als bürgerliche Partei mit antifaschistisch-demokratischem Programm, aber noch mit unverkennbarem Einfluß großbürgerlicher Kreise, wandelte sich die CDU im Verlauf ihrer Mitwirkung an der antifaschistisch-demokratischen und an der ersten Phase der sozialistischen Umwälzung zu einer kleinbürgerlich-demokratischen Partei und wurde schließlich, „mit den jeweiligen Aufgaben wachsend, ... zu

einer demokratischen Partei der Nationalen Front, die im Bündnis mit allen patriotischen Kräften unter Führung der Arbeiterklasse den Weg des Sozialismus geht“.¹² Gewandelt hat sich damit auch die Stellung der CDU im System der politischen Kräfte unserer Republik: Sie vertritt seither nicht allein mehr die spezifischen Interessen der Schichten, denen ihre Mitglieder und die ihr nahestehenden parteilosen Christen entstammen, sondern leitet nunmehr ihre Arbeit von den gesamtgesellschaftlichen Interessen, von den Aufgaben in allen gesellschaftlichen Bereichen ab. Das fordert und fördert eine stärkere Hinwendung der Parteiarbeit zu den ideologischen Problemen der Durchführung des Volkswirtschaftsplans und der Weiterentwicklung der sozialistischen Ökonomik, der sozialistischen Demokratie und des geistig-kulturellen Lebens unserer Gesellschaft.¹³

Zum dritten hat die Arbeit der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands unsere Republik dadurch gestärkt, daß Existenz und Aktivität der CDU innerhalb der Nationalen Front in wesentlichem Maße geholfen haben, christliche Bevölkerungskreise für die Ziele der Politik unseres Arbeiter- und Bauern-Staates zu gewinnen und in die Mitarbeit an der Verwirklichung dieser Politik einzubeziehen. So hat die CDU nicht nur ihren Mitgliedern, sondern auch vielen parteilosen Christen sowohl vom Prinzipiellen her wie auch im Konkreten geholfen, ihre gesellschaftliche Verantwortung zu erkennen und wahrzunehmen. Dabei galt es an die echten humanistischen und sozialen Grundanliegen dieser Bürger anzuknüpfen und sie auf die Lösung der Aufgaben des demokratischen und sozialistischen Aufbauwerks zu orientieren, aber auch die Auseinandersetzung mit noch rückwärtsgewandten kirchlichen Kreisen zu führen. Erinnert sei in diesem Zusammenhang – um wiederum nur ein markantes Beispiel zu erwähnen – an die jahrelangen Auseinandersetzungen über den verhängnisvollen Militärseelsorgevertrag, den 1957 die Bonner Regierung mit der EKD abschloß und mit dessen Hilfe die westdeutsche politische und kirchliche Reaktion ideologisch und institutionell auch in unsere Republik im Sinne des

12 Hermann Matern in seiner Grußansprache auf der Festveranstaltung zum 20jährigen Bestehen der CDU in der Deutschen Staatsoper zu Berlin, zitiert nach: 20 Jahre CDU – 20 Jahre erfolgreicher Mitarbeit für das Glück der Nation, herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes der CDU, (Berlin) 1965, S. 22

13 vergl. Thesen zur Geschichte der CDU, in: Dokumente der CDU, Band VI, a. a. O., S. 139

NATO-Kurses hineinzuwirken suchte. Bekanntlich haben gerade solche Auseinandersetzungen die Selbstbesinnung und gesellschaftliche Standortbestimmung unserer Kirchen gefördert, ihre Abgrenzung von den NATO-Kirchen bewirkt und die Neuorientierung in kirchlichen Kreisen maßgeblich unterstützt. Eben dieser Prozeß der nicht allein rechtlich-organisatorischen, sondern in zunehmendem Maße auch politisch-geistigen Loslösung von den Einflüssen der mit dem Bonner Staat verschwisterten westdeutschen und Westberliner Kirchenleitungen verhalf zur Herstellung normaler Beziehungen der Kirchen zu unserem Staat, zur Anbahnung eines mehr und mehr vertrauensvollen Verhältnisses kirchenleitender Kreise und zahlreicher kirchlicher Amtsträger zu den Organen unserer Republik und den sie tragenden gesellschaftlichen Kräften. Diese Entwicklung, gekennzeichnet vor allem durch den Abschluß des Kommuniqués vom 21. Juli 1958, durch das Gespräch vom 9. Februar 1961, durch das Wartburggespräch vom 18. August 1964 und auf protestantischer Seite einmündend in die Gründung des Bundes Evangelischer Kirchen in der DDR, muß zielstrebig weitergeführt werden; denn sie liegt im Interesse der Kirchen selbst, im Interesse der Bürger christlichen Glaubens und im Interesse der ganzen sozialistischen Gesellschaft.

All das zeigt, daß die Wirksamkeit der CDU – unter unseren gesellschaftlichen Bedingungen nicht mehr auf die Vertretung partikulärer „christlicher Interessen“ begrenzt, wie bei früheren „christlichen Parteien“ bürgerlichen Typs – nicht unmaßgeblich dazu beigetragen hat, die politischen und sozialen Grundlagen für die Verwirklichung der Ziele unseres sozialistischen Staates zu verbreitern, unsere gesellschaftlichen Verhältnisse zu stabilisieren, den friedlichen und demokratischen Verlauf der revolutionären Prozesse in unserer Republik zu ermöglichen und die Einheit des ganzen um die Arbeiterklasse und ihre Partei vereinten Volkes herzustellen. In diesem Sinne schrieb der Erste Sekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzende des Staatsrates, Walter Ulbricht, in seiner aus Anlaß des 20. Gründungstages der DDR entstandenen Arbeit „Der Leninismus und die Bündnispolitik der SED“ in der sowjetischen Zeitschrift „Fragen der Geschichte der KPdSU“:

„Es zählt zu den schönsten Erfolgen unserer Politik, daß der historisch notwendige Übergang zum Sozialismus mit Billigung, Unterstützung und aktiver Teilnahme aller in der Nationalen Front vereinten Parteien und Massenorganisationen vollzogen werden konnte. Diese Tatsache vermittelt zugleich die Lehre, die durch unsere gesellschaftliche Entwicklung immer

wieder bestätigt wurde: Der Übergang zu höheren Stufen der gesellschaftlichen Entwicklung, die Lösung neuer, weitergreifender Aufgaben ist in dem Tempo möglich, wie es gelingt, nicht nur die ökonomischen und politischen, sondern auch die bewußtseinsmäßigen Voraussetzungen hierfür zu schaffen.“¹⁴

In diesen Worten Walter Ulbrichts kommt ein wesentliches Prinzip der Bündnispolitik der Partei der Arbeiterklasse in unserer Republik zum Ausdruck, das sich über alle Etappen der beiden grundlegenden gesellschaftlichen Umwälzungen seit 1945 hinweg verfolgen und nachweisen läßt: Stets hat die Partei der Arbeiterklasse beim Zusammenwirken mit ihren Bündnispartnern das Einende in den Vordergrund gestellt – stets hat sie solche Forderungen erhoben, solche Aufgaben auf die Tagesordnung gesetzt, die den jeweils erreichten realen Bedingungen und Voraussetzungen entsprachen. Immer wurden die objektive Situation und der inzwischen erreichte Stand der Bewußtseinsentwicklung aller Schichten der Bevölkerung genau analysiert, wurde die Durchführung neuer Aufgaben gemeinsam mit den anderen demokratischen Kräften beraten und organisiert. Gerade darauf beruht die Kontinuität in der gesellschaftlichen Entwicklung unserer Republik.

Auf dem 11. Parteitag der CDU 1964 konnte Hermann Matern als Vertreter des Politbüros des Zentralkomitees der SED in seiner Begrüßungsrede hervorheben, die Christlich-Demokratische Union Deutschlands habe

„...die...Geschichte unserer Deutschen Demokratischen Republik mitgeschrieben. Sie hat sich in harten Auseinandersetzungen zwischen Neuem und Altem, zwischen Fortschritt und Reaktion zu dem geformt, was sie heute ist, zu einem Verbündeten der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei, zu einer Partei der Nationalen Front des demokratischen Deutschland.“¹⁵

So war und ist die Christlich-Demokratische Union Deutschlands daran beteiligt, das neue Zeitalter deutscher Geschichte zu eröffnen und einen Staat zu schaffen, den die Bürger christlichen Glaubens als Vaterland betrachten können, weil er Frieden und Zukunft sichert, weil seine gesellschaftliche Struktur und seine Politik mit den auf der christlichen Ethik beruhenden Leitbildern prinzipiell vereinbar sind, weil er die Christen in die Mitverantwortung ruft und weil sie an seiner Gestaltung selbst beteiligt sind.

14 zitiert nach: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, XVIII. Jahrgang, S. 456

15 11. Parteitag der CDU Erfurt 1964, Bulletin Nr. 3, S. 1

Gegen den Mißbrauch des Christentums

Durch die Teilnahme von Christen am antifaschistisch-demokratischen und am sozialistischen Aufbau entsprechend den von unserer Partei ausgehenden Wegweisungen wurden die Traditionen des Kampfes friedliebender und fortschrittlicher Christen der Vergangenheit auf neuer gesellschaftlicher Ebene aufgenommen und – in dialektischem Sinne – „aufgehoben“. Seit den Anfängen der Christenheit waren ernsthafte Christen zu allen Zeiten bemüht, für den Frieden unter den Völkern und für das Wohl ihres Nächsten zu wirken. Die Entschließung des 12. Parteitages der CDU stellt dazu fest:

„Ihre geschichtlichen Leistungen bilden ein verpflichtendes Erbe. In der Vergangenheit scheiterte jedoch solcher Einsatz an den Widersprüchen der klassengespaltenen Gesellschaft. Im Sozialismus sind diese Widersprüche beseitigt.“¹⁶

Jahrhunderte hindurch hatten verantwortungsbewußte Einzelpersonlichkeiten und vom Geist der christlichen Ethik inspirierte gesellschaftliche Bewegungen versucht, die Prinzipien der Friedensliebe, der Brüderlichkeit und sozialen Gerechtigkeit in die Tat umzusetzen. Der Erfolg blieb ihnen verwehrt, weil sie an die Schranken der zu ihrer Zeit herrschenden Produktionsverhältnisse stießen, weil ihr Wissen um die Entwicklungsgesetze der menschlichen Gesellschaft nicht ausreichte und weil sie, wie in den „Thesen zur Geschichte der CDU“ gesagt wird,

„...im allgemeinen isoliert von den zur Veränderung der Gesellschaft berufenen und befähigten Klassenkräften kämpften“.¹⁷

Wir christlichen Demokraten und mit uns die parteilosen Bürger christlichen Glaubens in unserer Republik können demgegenüber unter unvergleichbar günstigeren Bedingungen daran arbeiten, die dem Christen gesetzten Ziele gesellschaftlichen Handelns zu verwirklichen. Die sozialistische Gesellschaft hat dank der revolutionären Veränderung der Produktions- und Machtverhältnisse das Gesetz der Konkurrenz und der Anarchie der Produktion außer Kraft gesetzt; in der sozialistischen Ordnung ist das durch dieses Gesetz bedingte Gegeneinander der Klassen und der Individuen dank der grundlegenden Veränderung der Eigentums- und Klassenverhältnisse überwunden; an seine Stelle sind die auf den sozialistischen Grundsätzen basierenden Kollektivbeziehungen

16 Satzung der CDU, a. a. O., S. 4

17 Dokumente der CDU, Band VI, a. a. O., S. 59

getreten. Mit dem Gegeneinander feindlicher Klassen im Innern jedes einzelnen sozialistischen Landes ist innerhalb der sozialistischen Ländergemeinschaft auch das Gegeneinander der einzelnen Staaten gefallen und durch die vom sozialistischen Internationalismus geprägten Beziehungen der Freundschaft und brüderlichen Zusammenarbeit revolutionär ersetzt worden; die sozialistische Staatengemeinschaft erweist sich kraft der ihr innewohnenden gesellschaftlichen Bewegungsgesetze und faktischen Potenzen als mächtiges Kraftzentrum des antiimperialistischen Völkerkampfes auf allen Kontinenten und als sicherster Hort des Friedens. Unter diesen Bedingungen stimmen für uns Christen die Maximen der Entwicklung der uns umgebenden Gesellschaft und die Prinzipien staatlicher Politik mit den sozialen Konsequenzen aus der christlichen Ethik objektiv überein; subjektiv realisieren wir diese Übereinstimmung durch unser eigenes Wirken für Sozialismus und Frieden. Wir können das um so nachhaltiger und um so effektiver tun, je genauer wir unserem Handeln die erkennbaren und erkannten Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung zugrunde legen und je entschiedener wir die Gemeinschaft der von der Partei der Arbeiterklasse geführten Volkskräfte stärken. Damit überschreiten wir alle Grenzen, die unter den Voraussetzungen der auf Klassenspaltung beruhenden ökonomischen Gesellschaftsformationen ein sozial fruchtbares und friedensförderndes Handeln von Christen früherer Generationen behinderten.

Damit überwinden wir aber zugleich auch die belastenden Überlieferungen aus einer Vergangenheit, die weitgehend im Zeichen des Mißbrauchs des Christentums für die Ziele der Reaktion stand. Den positiven Traditionen aus der Geschichte des Ringens mutiger Christen um Frieden und soziale Neuordnung stand ja die klassenmäßig entgegengesetzte geschichtliche Linie der Indienstnahme von Christentum und Kirchen für die Belange der jeweils herrschenden Klassen der Ausbeutergesellschaft gegenüber. Nicht zuletzt die Nachwirkungen solcher verfehlten gesellschaftlichen Standortbestimmung von Christen und Kirchen in der Auseinandersetzung zwischen Fortschritt und Reaktion erschwerten und erschweren einer Reihe von Christen unter sozialistischen Verhältnissen die richtige Traditionswahl und vor allem die tätige Parteinahme für die progressive Sache, die von der Arbeiterklasse und ihren Verbündeten verkörpert und verfochten wird. Das Handeln unserer Partei leistet eine entscheidende Hilfe, jene unheilvollen Überlieferungen in ihrer Wirksamkeit abzubauen, Christen für den recht verstandenen Dienst an unserer

sozialistischen Gesellschaft geistig frei zu machen und damit auch die Glaubwürdigkeit christlichen Zeugnisses in der Welt, das heißt in der Arbeit für den Nächsten und für den Frieden wiederherzustellen.

Nicht zuletzt wird damit ein geschichtlich notwendiges Gegenbeispiel und Gegengewicht gegen den verhängnisvollen Kurs der CDU/CSU-Führung, der die Kontinuität der erwähnten negativen Traditionslinie repräsentiert, und ein Vorbild für die heute geforderte gesellschaftliche Entscheidung von Christen auf deutschem Boden geschaffen. Im Gegensatz zu unserer Partei, die den Prinzipien des Gründungsauftrags die Treue hielt, hat die CDU/CSU die Vorsätze und Versprechungen, mit denen sie ihren Weg begann, in eklatanter Weise gebrochen. Die Programme aus ihrer Anfangszeit geben auf ihre Weise Kunde davon, daß den christlichen Demokraten in den Westzonen 1945 die gleichen antiimperialistisch-demokratischen Aufgaben gestellt und die gleichen geschichtlichen Möglichkeiten geboten waren, sie zu verwirklichen, wie uns christlichen Demokraten damals im Osten Deutschlands. In den „Leitsätzen der Christlich-Demokratischen Partei in Rheinland-Westfalen“, der im September 1945 verabschiedeten zweiten Fassung der Kölner Leitsätze, wurde im Interesse der notwendigen gesellschaftlichen Neuordnung noch ausdrücklich gefordert:

„Die Vorherrschaft des Großkapitals, der privaten Monopole und Konzerne wird beseitigt...“

Die Eigentumsverhältnisse werden nach dem Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit und den Erfordernissen des Gemeinwohls geändert... Das Gemeineigentum ist soweit zu erweitern, wie das Allgemeinwohl es erfordert...“

Durch großzügige Innensiedlung ist die Zahl der selbständigen Bauernhöfe und landwirtschaftlichen Kleinbetriebe zu vermehren.“¹⁸

Die im gleichen Monat von der hessischen CDU veröffentlichten „Frankfurter Leitsätze“, die für den Aufbau der CDU in der amerikanischen Besatzungszone richtungweisend sein sollten, postulierten in ihrem Kapitel „Sozialismus und Eigentum“:

„Wir bekennen uns zu einem wirtschaftlichen Sozialismus auf demokratischer Grundlage, und zwar in folgender Form: Wir erstreben die Überführung gewisser großer Urproduktionen, Großindustrien und Großbanken in Gemeineigentum. Wir wol-

18 zitiert nach: Dokumente zur Christlichen Demokratie, herausgegeben von der Politischen Akademie Eichholz, 1969, S. 168 f.

len ferner, daß die Wirtschaft im großen einheitlich und planvoll gelenkt werde, weil nur dadurch Fehlanzeigen und Verschwendung volkswirtschaftlichen Gutes verhindert und ein Wiederaufbau nach sozialen und gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsgesichtspunkten, und nicht nur nach privatwirtschaftlichen Rentabilitätsgrundsätzen gesichert werden kann.“¹⁹

Das in Neheim-Hüsten am 1. März 1946 beschlossene „Programm der CDU der britischen Zone“, das im großen und ganzen bereits einen Rückschritt gegenüber den eben zitierten programmatischen Erklärungen der Anfangszeit darstellte und das Vordringen reaktionärer Strömungen in den Leitungsgremien der westdeutschen CDU erkennen ließ, forderte dennoch in seinem Abschnitt „Wirtschaftliches und soziales Leben“:

„Ziel aller Wirtschaft ist die Bedarfsdeckung des Volkes. Die Wirtschaft hat der Entfaltung der schaffenden Kräfte des Menschen und der Gemeinschaft zu dienen.“²⁰

Ausdrücklich wurde zum Beispiel die Vergesellschaftung der Bergwerke gefordert. Und selbst in dem „Grundsatzprogramm der CSU“, ausgearbeitet im Dezember 1946, wurde im Kapitel „Wirtschaftsordnung“ noch verlangt:

„Die Wirtschaft ist nicht Selbstzweck, sie muß dem Wohl der Gesamtheit wie des einzelnen dienen:

Wir anerkennen das Recht des Staates, die Wirtschaft nach Gesichtspunkten des Gemeinwohls zu lenken!...

Soweit der wirtschaftliche Großbetrieb sich entwickelt und besteht, darf er unter keinen Umständen zu einem selbstsüchtigen und kapitalistischen Profitunternehmen ausarten.“²¹

Die entschiedensten Festlegungen in dieser Hinsicht enthielt das „Ahlener Wirtschaftsprogramm der CDU für Nordrhein-Westfalen“, das am 3. Februar 1947 in Kraft gesetzt und von der CDU der gesamten britischen Zone übernommen wurde. In seiner Präambel heißt es:

„Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund aus erfolgen.

Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Macht-

19 zitiert nach: ebenda, S. 172

20 zitiert nach: ebenda, S. 175

21 zitiert nach: ebenda, S. 190

streben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein. Durch eine gemeinwirtschaftliche Ordnung soll das deutsche Volk eine Wirtschafts- und Sozialverfassung erhalten, die dem Recht und der Würde des Menschen entspricht, dem geistigen und materiellen Aufbau unseres Volkes dient und den inneren und äußeren Frieden sichert.“²²

An dieser Stelle braucht nicht im einzelnen der Nachweis geführt zu werden, daß von diesen ehemals beschworenen Prinzipien in den folgenden Jahren in der Praxis der CDU/CSU-Politik nichts, aber auch gar nichts übriggeblieben ist, daß die CDU/CSU vielmehr zum parteipolitischen Vorreiter der Restauration des Monopolkapitalismus und seiner Vorherrschaft in Wirtschaft und Staat der Bundesrepublik wurde und daß der staatsmonopolistische Kapitalismus heute in Westdeutschland in Blüte steht wie nie zuvor in der deutschen Geschichte. Das Nominalkapital der Aktiengesellschaften mit mehr als 300 Millionen DM Grundkapital hat sich allein von 1954 bis 1968 verzehnfacht, die Zahl dieser Aktiengesellschaften im gleichen Zeitraum von 5 auf 31 erhöht. Während 1950 die „Selbständigen“, also die Unternehmer, „erst“ über 53,5% allen Privatvermögens in der Bundesrepublik verfügten, stieg ihr Anteil bis 1967 auf 72,5%, während der Anteil der Werk tätigen gleichzeitig von 40,5% auf 23,9% zurückging. Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe, die laut Kölner Leitsätzen „vermehrt“ werden sollte, ist in den Jahren der CDU/CSU-Herrschaft von 1949 bis 1968 im jährlichen Durchschnitt um 29900 Höfe, also insgesamt um rund 600000 Einzelbauernstellen, zurückgegangen. Das sind die Früchte einer Politik, deren Kurs von den Monopolen und Großgrundbesitzern bestimmt wurde!

In den „Kölner Leitsätzen“ wurde noch verkündet:

„Die deutsche Einheit ist für uns ein unabänderlicher Grundsatz, sie zu wahren unsere höchste Pflicht.“²³

Dabei waren die CDU/CSU-Führer unter Vorantritt Konrad Adenauers die ersten und willigsten Helfer des USA-Imperialismus und seiner Alliierten, als um der Beibehaltung der Monopolherrschaft willen die Westzonen systematisch vom deutschen Nationalverband abgespalten wurden! Jene, die seither nicht oft genug nationale Phrasen im Munde führen können, tragen die Hauptschuld an der separaten Währungsreform, mit der die wirtschaftliche Einheit Deutschlands

22 zitiert nach: ebenda, S. 193

23 zitiert nach: ebenda, S. 168

zerstört wurde, an der Gründung der Bundesrepublik, mit der die staatliche Spaltung herbeigeführt wurde, und an der Einbeziehung Westdeutschlands in die NATO, mit der die Bundesrepublik sich selbst zum Ausland gegenüber der DDR gemacht und sich definitiv in die Ziele der imperialistischen USA-Globalstrategie gegen die Sowjetunion und die gesamte sozialistische Staatengemeinschaft eingeordnet hat.

Die „Frankfurter Leitsätze“ der hessischen CDU verlangten noch:

„Wir wünschen eine reinliche Abgrenzung der Zuständigkeit der staatlichen und kirchlichen Autorität...“

Sowohl für die weltliche wie die geistliche Autorität ist bei Erfüllung ihrer Aufgaben gegenseitige Bevormundung abzulehnen.“²⁴

Dabei hat dann unter der Ägide der CDU/CSU die Verflechtung von reaktionärer Staatsgewalt und kirchenleitenden Institutionen in der Bundesrepublik ein Ausmaß angenommen, das selbst unter den Bedingungen des preußisch-deutschen Staatskirchentums kaum je zu verzeichnen war! Die Unterzeichnung des bereits erwähnten Militärseelsorgevertrages, mit der die westdeutschen Kirchenleitungen von sich aus die Einheit mit den auf dem Boden der DDR wirkenden evangelischen Landeskirchen de facto aufkündigten, war nur der sichtbare Kulminationspunkt einer Entwicklung, die westdeutsche kirchenleitende Kreise in immer stärkere Abhängigkeit vom Bonner Staat und seiner NATO-Politik geführt hat, so wie umgekehrt diese Kirchenleitungen immer unverhohlenen den restaurativen und friedensgefährdenden Kurs des Bonner Staates zu rechtfertigen bemüht waren. Die unselige Allianz von „Thron und Altar“ wandelte sich zum Bündnis von „Bonn und Altar“, das heute von der westdeutschen sozialdemokratischen Führung und ihren kirchlichen Bundesgenossen in teilweise neuen Formen, aber mit praktisch unverändertem Ziel fortgeführt wird. Damit wird in der Bundesrepublik auch in dieser Hinsicht an die Hinterlassenschaft einer schuldbeladenen Vergangenheit gleichsam nahtlos angeknüpft – zum Schaden des Volkes und nicht zuletzt der Christen selbst.

In den „Kölner Leitsätzen“ las man noch:

„Es muß Gemeingut des ganzen Volkes werden, daß die Politik der Gewalt (und) des Krieges nicht nur ein Verbrechen an

der Menschheit ist, sondern auch eine Versündigung am eigenen Vaterland. Deutschland muß mitwirken an der Erfüllung der Völkersehnsucht nach einem dauerhaften Frieden.“²⁵

Ähnlich lautete die betreffende Passage im Grundsatzprogramm der CSU:

„Wir treten ein für den Frieden unter den Völkern und die Gleichberechtigung aller Nationen.

... Wir bekämpfen Nationalsozialismus und Militarismus.“²⁶

Den gleichen Kreis von Parteiführern, die vor einem Vierteljahrhundert solche Grundsätze verkündeten, trifft die Hauptverantwortung dafür, daß der in Westdeutschland wiedererstandene Imperialismus und Militarismus seit langen Jahren die ernsteste Bedrohung für Frieden und Sicherheit auf unserem Kontinent darstellt und daß auf der Grundlage der staatsmonopolistischen Verhältnisse sowie in Übereinstimmung mit den revanchistischen Zielen aller bisherigen Bonner Regierungen der Neonazismus in Westdeutschland üppig ins Kraut schießt!

Für die CDU/CSU-Führung gilt das gleiche geschichtliche Urteil, das im Ahlener Programm über das kapitalistische System überhaupt gesprochen worden war: sie ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des Volkes in keiner Weise gerecht geworden. Der Verrat an den einstmalen von ihr proklamierten politischen Ausgangspositionen, die trotz ihrer bürgerlich-demokratischen Begrenztheit die Beteiligung westdeutscher christlicher Demokraten an einem echten gesellschaftlichen Neubeginn gemeinsam mit allen anderen demokratischen Kräften Westdeutschlands ermöglicht hätten, ließ diese Partei zum politischen Hauptexponenten und Willensvollstrecker des westdeutschen Imperialismus und ihre Politik zur Hauptursache dafür werden, daß viele westdeutsche Christen entgegen ihren eigenen Interessen noch immer zum Reservoir der westdeutschen Reaktion gehören. Christliches Streben nach demokratischem Fortschritt, nach einer Politik des Friedens und der Verständigung kann sich in der Bundesrepublik nur gegen den Kurs der Führungskreise dieser Partei, nur mit dem Kampf aller anderen progressiven Kräfte unter der Führung einer revolutionären Vorhut der Arbeiterbewegung Geltung verschaffen und durchsetzen.

25 zitiert nach: ebenda, S. 169

26 zitiert nach: ebenda, S. 192

24 zitiert nach: ebenda, S. 170, 171

Zukunftsorientiertes Denken und Handeln

Das geschichtliche Verdienst der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands besteht darin, daß sie entscheidend daran beteiligt ist, Christen aus den gesellschaftlichen Fesseln der imperialistischen Vergangenheit zu befreien, sie aus dem politischen Machtbereich und der geistigen Einflußsphäre der monopolistischen Reaktion herauszulösen, sie auf die Seite des Fortschritts zu führen, ihre Erziehung und Selbsterziehung zu Bürgern des ersten sozialistischen Staates deutscher Geschichte, zu bewußten Gliedern der sozialistischen Menschengemeinschaft zu fördern und damit ihre individuelle und gesellschaftliche Selbstverwirklichung in hohem Maße zu unterstützen. Damit hat die CDU geholfen, das soziale und politische Kräfteverhältnis auf deutschem Boden wesentlich zugunsten des Sozialismus zu verändern und die internationale Systemauseinandersetzung mit dem Kapitalismus im Sinne des gesellschaftlichen Fortschritts voranzutreiben. Zu den gesellschaftlichen Realitäten der sozialistischen Ordnung in der DDR, die in den vergangenen beiden Jahrzehnten erungen und gefestigt wurden und die vom westdeutschen Imperialismus nie mehr rückgängig zu machen sind, gehört auch diese neue gesellschaftliche Positionsbestimmung der Bürger christlichen Glaubens: dank ihrer Integration in die sozialistische Menschengemeinschaft stellen sie schon längst kein soziales Reservoir für den deutschen Imperialismus mehr dar. Auch diese Tatsache gehört zu den Faktoren, die dafür bürgen, daß eine Restauration des Kapitalismus auf dem Boden unserer Republik ausgeschlossen ist.

Mehr noch: das mit maßgeblichem Anteil unserer Partei geschaffene Modell christlicher Daseinsgestaltung im Rahmen der sozialistischen Wirklichkeit unserer Republik half und hilft, die Ausstrahlungskraft des deutschen Friedensstaates über seine Grenzen hinaus zu erhöhen. Die gesellschaftliche Aktivität der CDU und der auf ihr Wort hörenden Bürger christlichen Glaubens übt in immer stärkerem Maße eine inspirierende und beispielgebende Wirkung auf weltkirchliche Kreise und namentlich auf Christen in entwickelten kapitalistischen Ländern sowie in national befreiten Staaten aus. Es erfüllt uns mit Genugtuung, daß die von uns christlichen Demokraten schon vor langen Jahren – gleichsam vorbildhaft – vollzogene Entscheidung für das gesellschaftliche Engagement zugunsten des Friedens und des Fortschritts heute von immer mehr Christen in anderen Ländern beachtet und in zunehmendem Umfange ebenfalls praktiziert wird. Daß auch ökumeni-

sche Gremien jetzt mehr und mehr einen vergleichbaren Standpunkt in einer Reihe gesellschaftlicher Grundfragen unserer Epoche beziehen, ist nicht zuletzt dieser Entwicklung zuzuschreiben, der wir christlichen Demokraten durch unsere Aktivität für soziale Neugestaltung und eine dauerhafte Friedensordnung vorgearbeitet haben. Wenn sich heute allerorten in kirchlichen Kreisen die Einsicht durchzusetzen beginnt, daß christliches Zeugnis in der Welt gelebt und im Dienst für den Mitmenschen abgelegt werden muß, so ist dieser Erkenntnisprozeß auch auf die Tatsache zurückzuführen, daß unsere Partei und viele parteilose Christen in unserer Republik durch ihre Tat gezeigt haben, wie – weit über frühere Formen christlich-karitativer Betätigung oder sozialreformerischer Bestrebungen hinaus – neue Dimensionen für die Ausrichtung christlichen Dienstes an der Gesellschaft in Gestalt einer echten politischen Diakonie erschlossen werden können.

Existenz und Wirken der CDU haben im Ensemble aller gesellschaftlichen Kräfte unserer Republik vielen Bürgern christlichen Glaubens eine klare soziale und geistige Perspektive für ihren Weg in die entwickelte sozialistische Gesellschaft eröffnet und ihnen die Mitarbeit an der Verwirklichung des sozialistischen Gesellschaftssystems ermöglicht. Die aufklärende, überzeugende, bewußtseinsbildende Arbeit unserer Partei in christlichen Kreisen, verbunden mit dem von ihr gegebenen Beispiel praktischer Bewährung von Christen im Sozialismus, hat den großen Wandel in der Denk- und Vorstellungswelt der Bürger christlichen Glaubens, in ihrer individuellen und gesellschaftlichen Verhaltensweise unterstützt, hat die Herausbildung sozialistischen Staatsbewußtseins und Gemeinschaftsinnens bei diesen Bürgern entscheidend gefördert und damit einen wichtigen Beitrag zur sozialistischen Persönlichkeitsbildung sowie zu den grundlegenden Veränderungen im Charakter der zwischenmenschlichen Beziehungen in unserer Gesellschaft geleistet. In diesem Sinne verdeutlicht ein Rückblick auf die Entwicklung unserer Partei und auf die bisherigen Ergebnisse ihrer Arbeit die echte Dialektik im gesellschaftlichen Auftrag der CDU: einmal innerhalb der Nationalen Front ungeteilte politische Mitverantwortung für das Ganze zu tragen, andererseits kraft der Spezifik des Parteiprofils die christliche Existenz im Sozialismus ausformen zu helfen und vorzuleben. Diese beiden Grundelemente des gesellschaftlichen Auftrags, den unsere Partei innerhalb der Nationalen Front ausrichtet, sind zwei Seiten der gleichen Sache. Daraus ergibt sich zugleich die Haltlosigkeit aller gegnerischen Spekulationen, die CDU zu einem Faktor des von den Feinden des Sozialismus

propagierten „pluralistischen“ Parteiensystems umfunktionieren zu können.

Für einen solchen „Pluralismus“ im Sinne eines Gegeneinander der politischen Kräfte ist in unserer sozialistischen Gesellschaft kein Platz, weil keinerlei soziale Voraussetzungen dafür gegeben sind und vor allem deswegen, weil die unter der Führung der Partei der Arbeiterklasse zusammenwirkenden demokratischen Kräfte die Lehren der Geschichte beherzigen, dem Gegner keinen Spielraum lassen und vereint dem gleichen politischen Ziel zustreben: den Sozialismus als entwickeltes gesellschaftliches System vollständig aufzubauen und die historische Friedensmission der Deutschen Demokratischen Republik im Kampf gegen den Imperialismus durchzusetzen. Alle Hoffnungen der Feinde des Sozialismus, christliche Demokraten in ihrer Entscheidung für das Bündnis der Arbeiterklasse und ihrer Partei mit allen anderen Volkskräften irremachen und sie jemals vom sozialistischen Weg abbringen zu können, sind auf Sand gebaut.

Die Entwicklung des Gesamtsystems des Sozialismus ist das gemeinsame Anliegen und das gemeinsame Werk aller Bürger unserer Republik. Die entwickelte sozialistische Gesellschaft braucht alle, hat Platz für alle und gereicht allen zum Nutzen. Im Prozeß ihrer Verwirklichung wächst gesetzmäßig die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei, wächst aber auch die Mitverantwortung aller anderen gesellschaftlichen Kräfte. Das liegt nicht zuletzt darin begründet, daß jeder Schritt vorwärts bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft abhängig ist von der Einsicht, Bewußtheit und Überzeugung der Menschen. Parteiarbeit aber ist eben solche Arbeit mit den Menschen und für die Menschen, ist Arbeit zur Herausbildung und Vertiefung sozialistischen Bürgersinns, zur Entwicklung jener neuen sozialistischen Persönlichkeitsqualitäten und Kollektivbeziehungen, die den Anforderungen des Perspektiv- und Prognosezeitraums entsprechen. Das ist Hauptinhalt und Hauptziel der Leitungstätigkeit auch unserer Partei und ihres Mitwirkens in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland.

Den Hauptzweck aller Parteiarbeit erblicken wir also in der politisch-geistigen Ausrüstung aller Mitglieder und einer Vielzahl parteiloser Christen für die objektiven Anforderungen nicht allein der Gegenwart, sondern vor allem der Zukunft. Dabei konzentrieren wir uns auf die Herausarbeitung jener Grunderkenntnisse und -überzeugungen, die sich in den kommenden Jahren immer mehr zu Merkmalen des sozialistischen

Bewußtseins entwickeln werden²⁷: die Gewißheit vom Sieg des Sozialismus, die enge freundschaftliche Verbundenheit mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Bruderländern, mit allen antiimperialistischen Kräften in der Welt, die feste Bindung an unser sozialistisches Vaterland und seinen geschichtlichen Auftrag im Ringen um Frieden und gesellschaftlichen Fortschritt, die Fähigkeit zur kompromißlosen Auseinandersetzung mit dem Imperialismus und seinen friedensgefährdenden Absichten in allen ihren Formen, die Bereitschaft zu Höchstleistungen für die allseitige Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik, zu tätiger Wahrnehmung der demokratischen Bürgerrechte und -pflichten, das Streben nach Aneignung neuen Wissens und nach einer kulturvollen Lebensweise, das Bewußtsein der eigenen Verantwortung innerhalb der Gemeinschaft aller demokratischen Kräfte.

Durch die Konzentration auf diese Hauptprobleme und Leitlinien der bewußtseinsbildenden Arbeit hilft die CDU wirksam, den erforderlichen geistigen Vorlauf für die Mitarbeit christlicher Bürger an der Bewältigung der gesamtgesellschaftlichen Aufgaben des Perspektiv- und Prognosezeitraums zu schaffen, ihr zukunftsbestimmtes Denken auszuprägen und ihr Handeln im Systemzusammenhang zu fördern. Bewußtseinsbildende Arbeit, in diesem Sinne geleistet, entbindet die notwendigen Impulse für neue Taten zur Stärkung der DDR, zur Gewährleistung des Friedens und der europäischen Sicherheit. So entsprechen wir christlichen Demokraten auf unserem spezifischen Arbeitsfeld am besten dem zukunftsbezogenen Charakter aller gesellschaftlichen Arbeit für den Sozialismus und werden unserer Verantwortung für das Ganze gerecht.

²⁷ vergl. dazu: Kurt Hager, Grundfragen des geistigen Lebens im Sozialismus. Referat auf der 10. Tagung des Zentralkomitees der SED, 28./29. April 1969, Dietz Verlag, Berlin 1969, S. 62 f.

Verkaufspreis 0,50 M
Vertrieb an den Buchhandel durch Union Verlag (VOB) Berlin

Ag 224/79/70 – III/6/50 4,2 570 (261)